

Forderungen der Zentral-Streikleitung

Die Streikversammlungen der RGD überfüllt

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Gestern erschien in den Räumen des Verbandes Berliner Metallindustrieller eine Delegation der Zentralstreikleitung der RGD, um die Forderungen der Berliner Metallarbeiter zu überreichen. Die RGD-Herren waren von diesem Besuch sehr unangenehm überrascht. Nach langem Hin und Her erklärten sie, nicht mit der Zentralstreikleitung verhandeln zu wollen. Der Wortlaut der Forderungen wurde hierauf per Einschreiben abgeschickt.

Die Herren Vorlig und Köppen wollen nicht mit den Vertretern der revolutionären Berliner Metallarbeiter sprechen. Nicht ist ihnen lieber aus verständlichen Gründen.

Die Tarifvertragsforderungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Berliner Metallindustrie bestehen aus 11 Abschnitten, die die Löhne, die Arbeitszeit und alle übrigen Bedingungen enthalten. Außer der Forderung auf Lohnerhöhung sind in den Tarifvertragsforderungen auch die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Sechstundentag für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahre, Garantielöhne für Hilfsarbeiter und gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und junge Arbeiter usw. enthalten.

Die Versammlungen der streikenden Belegschaften im Laufe des letzten Tages bewiesen aufs Neue, daß sich die streikenden Metallarbeiter immer mehr um die RGD scharen. Die Versammlungen waren überfüllt. Überall herrscht eine glänzende Kampfstimmung. In vielen Betrieben werden neben den bekannten Forderungen der RGD noch besondere betriebliche Forderungen aufgestellt. So längerer Streik dauert, um so mehr wird die Forderung der Streikposten an.

Verhandlung vertagt

Berlin, 24. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)
Die Verhandlungen über die Abwägung des Metallarbeiterstreiks sind vertagt. Unternehmer und DWA-Bürokratie konnten sich noch nicht auf eine Formel einigen. Die Verhandlungen sollen in nächster Zeit wieder aufgenommen werden. Ulrich machte den Vorschlag, den alten Tarif zu belassen, um dann über

die Arbeitsförderung und einen Lohnausgleich zu verhandeln. Die Unternehmer fordern Verbindlichkeitsklärung. Sie sind beim Reichsfiskus Brüning nach dieser Richtung hin vorzüglich geworden, um die Verbindlichkeitsklärung zu erzwingen.

Siller bereitet Streikbruch vor!

Der „Bötsche Beobachter“ hegt gegen die Verbreiterung des Streiks und gegen die RGD

Der „Bötsche Beobachter“ vom Sonntag dem 19. Oktober hegt ganz in der Weise der Ulrich und Brandes gegen den heldenhafte Streik der Berliner Metallarbeiter. Das Streikbrecherorgan schreibt im „Vorwärts“-Stil:

„Die Versuche, die jetzt unternommen werden, gehen von den Kommunisten aus und zielen dahin, auch andere Fabrikationszweige, die mit der Berliner Metallindustrie nur im losen Zusammenhang stehen, in den Kampf hineinzuziehen.“

Das Blatt verbreitet hemmungslos die Lügen des „Vorwärts“ über die „Stoßtrupps, die Konflikte schaffen“, und hegt so die Polizei in gemeinster Weise gegen die Streikposten der RGD. Wörtlich heißt es:

„Vor allen Dingen haben Sie aber mit Mitteln, berentwegen die Staatsanwaltschaft eingreifen wird (!!), versucht, heute mittag das große Kraftwerk Klingenberg in Stralau-Kummelburg stillzulegen...“

Auch gegen den Vollerstreik der Jungarbeiter werden alle in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse verbreiteten Lügen mit Behagen abgedruckt. Freudig meldet der „B.“, daß das Eingreifen der Polizei notwendig wurde und daß infolge der Anwesenheit des Schlichtungsausschusses durch die Vollerstreikation „kein Anstoß bestand, eine Arbeitsniederlegung herbeizuführen.“

Schnell entlarven sich die nationalsozialistischen Streikbrecher, die in den ersten Tagen des Streiks durch verlogene Phrasen den kämpfenden Metallarbeitern ihre „Sympathie“ vorzutäuschen verstanden. Jetzt aber, wo die kapitalistischen Geldgeber sich bei den Nazis beklagen und sie zurückschleifen, entlarven sie offen ihre streikbrecherische Gesinnung.

Severings Verwaltung

(Fortsetzung von Seite 1)

In der demokratischen Journalistik von Ulstein und Raffe herrscht große Freude ob dieses für die Bourgeoisie und ihre Kassenstränge so erfreulichen Ereignisses. Die „Voh“ vom Mittwoch widmet Severing einen ganzen Leitartikel. Sie schreibt: „Zur rechten Zeit kommt der rechte Mann auf den rechten Platz.“

Und in bezug auf Waentig sagt sie: „Er war ein guter Innenminister“ — die roten Kommunalfunktionäre können ein Liedchen davon singen — „aber Severing ist der Bessere.“

Und nun werden die Taten Severings aufgeführt. Die Niederzwingung der Unruhen im westfälischen Industriegebiet im Jahre 1919, des Putztes in Rüstern 1923 bis zu dem Schie-

Jungarbeiter!

Auf nach Freiberg!

Zur Kundgebung gegen Faschismus und Youngkurs an den Gräbern der 1923 in den Oktobertagen Gefallenen!

Abfahrt Sonntag, 26. Oktober, 7.30 Uhr, Freiburger Platz
Eintreffen der Teilnehmer 10 Uhr in Freiberg
10.30 bis 11.30 Uhr Hausagitation
12 Uhr Stellen zur Demonstration
13 Uhr Kundgebung auf dem Oberen Markt
15 Uhr Abfahrt von Freiberg
16 Uhr Geländespiel im Tharandter Wald
19 Uhr Ankunft in Dresden.

Alle Teilnehmermeldungen sind zu richten an das Büro des KJVD Dresden, Columbusstraße 9. Dortselbst können Fahrkarten zum Preise von 1,50 Mark für Vollarbeiter und 1 Mark für Erwerbslose entgegen genommen werden.

Am Sonnabend von 16 bis 19 Uhr Abrechnung der Ortsgruppen für Fahrkarten und Plaketten im Büro des Kommunistischen Jugendverbandes.

Im großen Lohnkampf in der Eisenindustrie. Dabei erinnert sich die „Voh“ gewiß auch der Kreisler Rode ihres Freundes Severing und sie schreibt:

„Diese Autorität steht die preussische Regierung jetzt ein, um die Widerstandskraft des Staates zu stärken.“

Die „Bötsche Zeitung“ gibt auch gleich einige Tips, wo Severing einzugehen hat, und weist besonders auf die „kommunistische Teilbildung“ in der Polizei hin. Daß Geistesstift ins Polizeipräsidium einzieht, ist der „Bötschen Zeitung“ besonders sympathisch.

Auch das „Berliner Tageblatt“, das so recht kollegial von „Karl Severing“ spricht, läßt es sich nicht nehmen, Severing die Rolle zuzuwenden, die er im Auftrage der Bourgeoisie zu erfüllen hat. Es weist auf die besondere Bedeutung der Polizei in der Gegenwart als konterrevolutionäres Organ hin und hebt den Umfang und die Bedeutung hervor.

„an der Spitze des ihr vorgelegten Ministerresorts wieder den Mann zu sehen, der sie angeht“ hat und durch dessen Voraussetzungen sie zu dem vorbildlichen Instrument des Staates gemacht wurde, als die wir sie kennen.“

Das Regierungsorgan der Brüningdiktatur widmet Severing auch einige Worte. Der „Vorwärts“ tut so, als wäre diese Widmung eine Ablehnung des Severing. Hören wir, was die „Germania“, das Zentralorgan des Zentrums, sagt:

„Sicher ist, daß in Preußen die Ordnung und Ruhe ebenso aufrecht erhalten werden muß, wie im Reich. Wir erwarten aber, daß der neue Innenminister Severing, den wir aus einer langjährigen Ministerstätigkeit kennen, in so geläufigen Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, das größtmögliche Maß von Objektivität in allen seinen Handlungen an den Tag legt. Daß die Radikalen nicht über den Staat herfallen, dafür wollen wir alle sorgen.“

Was heißt das? Nun, die Brüning-Regierung fordert von Severing, daß er mit den Nazis und sonstigem reaktionären Gesindel, wenn sie ihre Bürgerkriegsrüstungen gar zu offen betreiben, nicht zu sehr ins Gericht geht. Auch die „Germania“ will mit Severing die Radikalen, d. h. die Kommunisten und die revolutionäre Arbeiterkraft niederborzen, das sagt doch wirklich genug, mehr kann die SPD doch von der Brüningdiktatur nicht verlangen.

Der alte Bebel sagte einmal, wenn ihn seine Feinde loben, dann habe er sicher nicht im Interesse der Arbeiterklasse gehandelt. Severing wird nicht nur gelobt, sondern er wird von der Bourgeoisie als der kommende Mann der faschistischen Polizeidiktatur gefeiert. Daß die Ernennung Severings für die Bourgeoisie keine Kleinigkeit ist, zeigt die Verhängung des Belagerungszustandes über das Ruhrproletariat.

Dem 18. Oktober, dem Vertrauensvotum für Brüning, folgt die blutige Verteidigung des Brüningstufes. Die „linke“ SPD-Presse übernimmt dabei die Rolle, den sozialdemokratischen Arbeitern den sozialfaschistischen Kurs ihrer Führer zu verschleiern, die kämpfende Einheitsfront des Proletariats gegen Brüningdiktatur und Faschismus zu verhindern.

Löbe in Dresden

Die getriggen beiden Löbe-Kundgebungen der Dresdner SPD waren von einem riesigen Volksaufgehör begleitet. In Rücksicht auf die empörte Stimmung der sozialdemokratischen Wähler unterließ Löbe keine Antifaschistenhefte und läuflche den Zuhörern in dem Verhalten der SPD gegenüber Brüning einen „Kampf gegen den Faschismus“ vor. Diskussionsredner kamen nicht zu Wort.

Chinas Rote Armee erobert zwei Städte

Schanghai, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die chinesische Rote Armee hat die Städte Kiuksiang und Pengtji am Südufer des Yangtsiang erobert. Die Regierungstruppen meuterten und gingen zur Roten Armee über. Die Städte waren mit Maueranschlägen überfüllt, die die Polizei ausgaben: „Soldaten, schließt nicht auf eure Brüder!“

Belagerungszustand durchbrochen!

Warschau, 24. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

In Warschau finden seit täglich Kundgebungen revolutionärer Arbeiter gegen den faschistischen Wahlterror statt. Die vielfach verstärkten Polizeipatrouillen vermögen die Straßendemonstrationen nicht zu verhindern. Im Zentrum und in den Arbeiterbezirken sammeln sich auf ein Signal hin plötzlich hunderte Arbeiter und Arbeiterinnen, entrollen rote Fahnen und Transparente mit Forderungen gegen das faschistische Regime. Die Polizei greift meist zu spät ein.

Vor neuen Notverordnungen?

Unter Ausschaltung des Parlaments Liebesgaben für die ostelblichen Junker

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach bürgerlichen Freisprechungen werden durch das Brüning-Kabinett neue Notverordnungen zur „Kultung“ der Landwirtschaft vorbereitet. Schon in den nächsten Tagen will Schiele die neue Notverordnung herausbringen. Der Inhalt dieser neuen Pläne ist voranzusehen: noch schärfere Ausplünderung der Massen, weitere Subventionen für die Großgrundbesitzer, für die kleinen Bauern aber nur einige „Trostworte“.

Auch die neue drohende Notverordnung wird, wenn sie in Kraft gesetzt wird, die Schuld der SPD-Führer sein, die den Reichstag bis Dezember nach Hause schickten, um Brüningo Diktaturkurs nicht zu behindern.

Landbundmanöver zum Bauernbetrug

Tragt Aufklärung aufs Land!

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Schiele ist aus der Landbundführung ausgetreten. Bei der Neuwahl wurde der Graf Kalkreuth zum Präsidenten gewählt. Auch der 2. Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Hepp, hat seine Funktion niedergelegt. Als „Vertreter der Bauern“ ist der Hofbesitzer Weiche gewählt worden.

Diese Veränderungen haben einen wichtigen politischen Hintergrund. Schiele und die Landbundfraktion im Reichstag legen ihre Politik der Gesinnung an die Junker und steigende Massenausplünderung der kleinen Bauern fort. Die Großgrundbesitzer fordern noch mehr Geschenke und den kleinen Bauern werden noch mehr Lasten aufgebürdet. Die angekündigte Notverordnung liegt in der alten Linie. Die Folge dieser Politik ist eine schnell ansteigende

Empörung der kleinen Bauern.

Ihre Vertreter stimmen bereits gemeinsam mit den Kommunisten in den Gemeindeparlamenten die neuen Steuern auf Grund der Diktaturnotverordnungen nieder. Die Bauern erkennen bereits, daß Schiele als „ihr“ Minister keine Beförderung für die kleinen brachte. Sie rebellieren, weil sie sich mit Recht betrogen fühlen. Um nun die Bauern erneut zu betören und sie vom Kampfbündnis mit dem revolutionären Proletariat abzuhalfen, wird dieses Manöver durchgeföhrt. Zur Verhinderung der Bauern ist der Hofbesitzer Weiche in den Vorstand hineingewählt.

Die Landbundfraktion im Reichstag prangert die neue Führung an als Vertretung „illiberaler, deutschnationaler Kräfte“. Es ist ganz klar, daß die Junker einen radikalen faschistischen Kurs anstreben, um die Bauernmassen bei der Stange zu halten. Die neuen Belastungen, die neben dem Proletariat auch den Bauern aufgebürdet werden, müssen zu einer schnellen Radikalisierung führen.

Der Landbund baut vor, um einen Teil der Bauern abzulangen und durch faschistischen Terror den anderen Teil, die rebellierenden armen Bauern, einzuschüchtern.

Diese Tatsachen müssen für die Zellen und Ortsgruppen der Partei und RGD Anlaß sein, die Aktivität in der

Verarbeitung des Dorfes

zu verstärken. Neue Stützpunkte müssen auf dem Lande geschaffen werden, die ein entschlossenes Kampfbündnis der Arbeiter und armen Bauern gegen den Steuer- und Hungerkurs der Youngdiktatur organisieren, und die Kämpfe der Dorf- armut gegen die Ausbeuter und das kapitalistische System führen.

Praktische Solidarität, wo RGD führt

Textilarbeiterverband Limbach (Opposition) übertreibt 100 Mark an Wünsches Erben

Limbach, 24. Oktober.

Der Textilarbeiterverband Limbach (Opposition) bewilligte für die Streikenden von Wünsches Erben 100 Mark. Die glänzende Solidaritätsaktion der Limbacher Textilarbeiter unter Führung der RGD steht in trasssem Gegensatz zur Haltung der Bürokratie, die während der Wahl eine Million Mark an die SPD überwies, aber jede, auch die geringste Unterstützung für die nichtorganisierten Berliner Metallarbeiter ablehnt.

Trotz der Hungerlöhne, die die Textilarbeiter und -arbeiterinnen erhalten, zeigen sie durch Sammlungen in den Betrieben ihre Solidarität mit den seit längerer Zeit im Streik stehenden Spinnerinnen von Wünsches Erben in Ebersbach. Die Belegschaft der Färberei Bernhardt in Jittau überwies 17,75 Mark und die Belegschaft des Schweibetriebes Wagner u. Moras in Reichenau den Betrag von 60,20 Mark. Textilarbeiter! Verstärkt die Sammelstätigkeit! Helft euren im Kampf stehenden Schwestern von Wünsches Erben in Ebersbach!

Brünings Lohnabbauoffensive

Bielefeld, 24. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Eine vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichterkammer fällt für die Berliner und Bielefelder Herrenwälsche-Jubaltrie einen Schiedspruch, nach dem die Akkordlöhne um 1/3 Prozent und die Zeitlöhne um 3/5 Prozent abgebaut werden sollen. Die Erklärungsfreiheit zu diesem Schiedspruch lautet bis 28. Oktober.

Streit im Nordwoll-Konzern

200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld (Färberei) traten gestern in den Streik. In dieser Woche sollten wiederum die Löhne gekürzt zur Auszahlung kommen. Entschlossen antworteten die Arbeiter auf diesen frechen Unternehmerangriff mit der Waffe des Streiks. Die Ausdehnung des Streiks ist zu erwarten.

In Bessarabien sind schwere Bauernrevollen ausgebrochen, weil einem Großgrundbesitzer Weideland zugeteilt wurde. Aus sieben Orten marшиerten die Bauern aus und vertrieben die Polizei und Gendarmerie. Bessarabien, das von den rumänischen Soldaten nach dem Kriege okkupiert wurde, ist seit dieser Abtrennung vom Reichland der Schauplatz eines unerhörten Terrors gegen die Bauernmassen.

Teilnehmer des gestrigen Panzerkorps seiner Polizei durch die Arbeiterwelt Leipzigs fahren. Allen Ansehen nach nur, um den Arbeitern zu zeigen, daß die herrschende Klasse gut durch die SPD geschützt ist.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion im Leipziger Stadtkonventkollegium gegen die Bier-, Getränke- und Kraftsteuer wurde gestern abermals angenommen. Der Oberbürgermeister will trotzdem die Hungersteuern durchföhren.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung die vom Reichstag am 19. Oktober verabschiedete Amniztionsvorlage gegen die Stimmen der Provinzen Hessen-Rhassau und Sachsen angenommen.